Entwurf zur Änderung des Schulorganisations-Ausführungsgesetzes 1995 –
Stellungnahme der Leiterinnen und Leiter an Sonderpädagogischen Zentren und
Sonderschulen des Bundeslandes Salzburg

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum o. a. Entwurf geben die Leiterinnen und Leiter an Sonderpädagogischen Zentren und
Sonderschulen des Bundeslandes Salzburg folgende Stellungnahme ab:

Zu § 25 Abs. 4:

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl ist aufgrund der veränderten pädagogischen
Situation an Sonderschulen dringend erforderlich.
Die Bedingungen der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
haben sich mit der Einführung des integrativen Unterrichts und durch die
gesellschaftlichen und familiären Entwicklungen maßgeblich verändert. So sind in den
Sonderschulen heute in hohem Ausmaß Kinder mit gravierenden sozial-emotionalen
Defiziten, Aufmerksamkeitsstörungen und vielfältigen Lernstörungen zu unterrichten. Dazu
kommt, dass in einer Sonderschulklasse neben unterschiedlichen Schulstufen auch
unterschiedliche Lehrpläne gänzlich oder teilweise zur Anwendung kommen (ASO-, VS-, HS-,
PTS-Lehrplan, Berufsvorbereitungsjahr, Lehrplan für schwerstbehinderte Kinder,...).

Es ist aus unserer Sicht daher unbedingt erforderlich, dass zusätzlich zur Verminderung
der Klassenschülerhöchstzahl um die Anzahl der Schulstufen auch der Unterricht von
Schüler/innen mit hochgradigen sozial-emotionalen Defiziten, sowie die Anwendung
verschiedener Lehrpläne berücksichtigt werden muss.
Sollte in der Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgrund
einer Verhaltensbehinderung die Schülerhöchstzahl nicht den besonderen Bedürfnissen
dieser Kinder angepasst werden können, ist in der Folge bei einzelnen Schüler/innen
vermehrt mit einer Feststellung der Schulunfähigkeit zu rechnen.
Zu § 27 Abs. 4 und 5:


Die Beschränkung einer integrativ geführten Betreuungsgruppe auf 4 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist abzulehnen, da diese Regelung u. U. die Bildung einer Gruppe bei schulübergreifender Führung verhindert bzw. bei Integrationsstandorten mit mehr als 4 Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf möglicherweise nicht alle Schüler/innen mit SPF aufgenommen werden könnten.

Zu § 27 Abs. 6:

Im derzeit gültigen Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz gilt der § 27 Abs. 4 - „Wenn die personellen Voraussetzungen im Rahmen des Stellenplanes nicht mehr gegeben sind, kann die Landesregierung die Führung des Betreuungssteiles untersagen.“ – für alle Schularten der allgemein bildenden Pflichtschulen.

Die in der Novellierung formulierte Einschränkung dieser Untersagungsmöglichkeit ausschließlich auf Sonderschulen stellt eine Diskriminierung von behinderten Schülerinnen und Schülern dar und widerspricht dem Behindertengleichstellungsgesetz.


Als Experten im Bereich der Sonderpädagogik erwarten wir, dass die vorgebrachten Argumente in der endgültigen Gesetzesfassung berücksichtigt werden.

SD Maria Sam  Leiterin der Landesarbeitsgemeinschaft der SPZ-Leiter/innen und Sonderschuldirektorinnen/Sonderschuldirektoren
SD Mag. Rita Ansperger  SPZ Hallein
SD Peter Bogensberger  SPZ Högmoos
SD Helmut Fichtler  SPZ Aiglhof II
SD Marianne Gruber  SPZ für sinnesbehinderte Kinder
SD Hedwig Höckner  SPZ Neukirchen
SD Simone Hornegger  SPZ Abtenau
SD Elfi Kreidl  SPZ Bischofshofen
SD Josef Kreuzer  SPZ Zell a. See
SD Peter Kroiß  SPZ Thalgau
SD Melitta Lederer  SPZ Stuhlfelden
SD Hannes Liegle  SPZ für körperbehinderte Kinder
SD Dr. Armin Matt  SPZ für verhaltensbehinderte Kinder
SD Peter Medek  SPZ Saalfelden
SD Christa Nothdurfter  SPZ Radstadt
SD Elisabeth Obermüller  SPZ St. Johann
SD Traudi Pimbacher  SPZ Bad Hofgastein
SD Harald Probst  SPZ / Anna-Bertha-Königsegg Schule
SD Alfred Slowak  SPZ Tarnsweg
SD Paul Wallinger  SPZ Köstendorf
SD Karin Winkler  SPZ Aiglhof I

SD Paul Andexer  ASO Großarl
SD Ernst Werner  ASO St. Anton
SD Dietlinde Schöberl  Heilstätten Schule
Veronika Burtscher  Paracelsusschule